

Einleitung

»De un día para otro uno de los bancos de inversiones más poderosos del mundo había dejado de existir. Lo que había valido mucho de pronto no valía nada. Y quienes había parecido que poseían un conocimiento tan profundo de la realidad [...] resultaba que no sabían nada, que no habían anticipado el desastre [...].«

Muñoz Molina 2013: 18

»Eines kann man sagen: So viel Wissen über unser Nichtwissen und über den Zwang, unter Unsicherheit zu handeln und leben zu müssen, gab es noch nie.«

Habermas zit. n. Schwering 2020

Krisen oder Krisenzeiten vermögen es durch die mit ihnen verbundenen Unwägbarkeiten und Materialisierungen von Neuem und Unbekanntem, gültige Referenzrahmen und gewohnte Ordnungsstrukturen infrage zu stellen. Teilweise machen sie eine Reformierung von Gesellschaften und ihren (systemischen) Strukturen und Referenznormen notwendig. In Krisenzeiten »treten Erfahrungsraum und Erwartungshorizont auseinander. Menschen erleben sich fortan in die Zukunftsoffenheit geschichtlicher Vorgänge gestellt, die weder absehbar noch festgelegt sind [...]. [Krisenerfahrungen konfigurieren] [...] das dadurch zum Vorschein kommende *Unverfügbare*« (Koschorke 2018: 27; Herv.i.O.). Es ist anzunehmen, dass hierdurch evozierte diskursive Ver-

handlungsprozesse und Abgleiche von anderen Erfahrungen oder auch von neuem Wissen Spannungsverhältnisse unter verschiedenen (Interessens-)Akteuren¹ (z.B. aus Politik, Wirtschaft oder dem Sozialwesen allgemein) evozieren. So gilt es doch angesichts kritischer oder unsicherer Situationen zu hinterfragen, »wer im Besitz der nötigen Ressourcen [ist], um Definitionen gesellschaftlich zu etablieren beziehungsweise Neudefinitionen durchzusetzen« (Beck 2017: 129). Ziel der vorliegenden Arbeit ist es folglich, diese angenommenen Rekonfigurationen von Teilhabe und Einflussnahme für Prozesse der Kollektivbildung und Diskursgestaltung sowie die damit verbundenen Materialisierungen von (veränderten) Wissensverhältnissen in Krisenzeiten darzulegen. Um diese Wirkungs- und Veränderungsprozesse exemplarisch analysieren zu können, werden als gesellschaftliche Krisenszenarien die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise (2010) und sich hieraus ergebende Diskurs- und Kollektivmodifikationen auf Basis evozierter gesellschaftlicher Spannungen und Umbrüche diskutiert.

Die entwickelten Untersuchungsmethoden werden ebenfalls auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie angewendet und so auf einen anderen relevanten und hoch aktuellen Bezugsrahmen übertragen. Das einleitende Zitat von Jürgen Habermas verdeutlicht, in welcher Ausnahmesituation von globalem Maßstab sich die gegenwärtigen Gesellschaften der Welt seit Ausbruch der Corona-Pandemie 2019 befinden. Die Corona-Krise scheint zu einer der »am intensivsten kommentierten Krisen der Moderne« (Reckwitz 2020) zu avancieren. Schließlich hat sich das Virus bereits im März 2020 in fast allen Ländern der Welt ausgebreitet.

Die Corona-Pandemie jedoch lediglich auf ihre gesundheitliche Krisendimension zu reduzieren, würde zu kurz greifen. So lässt sich viel mehr »von einem ›Krisenbündel‹ ausgehen. Die aktuellen und noch zu erwartenden Folgen [...] haben auch soziale, ökonomische, politische und psychische Auswirkungen« (Fathi 2020: 23). Unmittelbar prekär erwies sich die Lage – gesprochen für Europa – zu Beginn der Pandemie vor allem auch in den südeuropäischen Ländern. Zunächst war es Italien, anschließend aber auch Frankreich und Spanien, die gemessen an der Ausbreitung des Corona-Virus und den damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen besonders

1 Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit auf die zusätzliche Verwendung der weiblichen Form bzw. Markierungsweisen eines Geschlechterkontinuums verzichtet. Sofern Personengruppen bzw. Personenbezeichnungen genannt werden, sind stets alle Gender gemeint.

betroffen waren. Dadurch entstanden neue Imbalancen und Konflikte innerhalb des EU-Gefüges und den zumindestens latent existenten Nord-Süd-Abhängigkeiten (vgl. Lang/Ondarza 2020), die sich bereits in der Europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 gezeigt hatten.²

Auch von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren Länder des südeuropäischen Raums wie Griechenland, Italien oder Spanien stark betroffen. Sie gerieten – auch aufgrund bereits bestehender systemischer Missverhältnisse und Schuldenlasten³ – im Vergleich zu den nordeuropäischen Staaten zunehmend in (wirtschaftlich) prekäre Verhältnisse, die wiederum komplexe gesellschaftliche Spannungsverhältnisse und Veränderungsprozesse hervorriefen. Denn »[i]nsbesondere in den am stärksten von der Krise betroffenen Staaten [...] kristallisierten sich strukturelle, institutionelle und alltägliche Krisen der Demokratie heraus« (Huke 2017: 19). Spanien kann hierbei als paradigmatisches Beispiel angeführt werden, da sich dort infolge der Eurokrise »das Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie verschärfte, während sich Momente der Aushöhlung und Abschottung der repräsentativdemokratischen Institutionen intensivierten« (ebd.: 23). Dies nicht zuletzt, weil sich in Spanien über die Proteste

-
- 2 Anders als im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 (Kapitel II) verständigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs im Sommer 2020 auf gemeinsame finanzielle Unterstützungsleistungen und eine kollektiv europäisch getragene Schuldenlast der Krise (vgl. Becker 2020). Neben der turnusmäßig notwendigen Neu-Einigung auf einen nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU mit einem Gesamtetat von 1,8 Billionen Euro verständigten sich die EU27 auch auf die Auflegung eines gemeinsamen, zusätzlichen Konjunkturpakets (Next Generation EU [NEGU]) in Höhe von 750 Milliarden Euro für die kommenden vier Jahre (vgl. Becker 2020). Die Mittel des NEGU sollten zuvorderst besonders stark von der Corona-Pandemie getroffenen Ländern zugutekommen, sind allerdings an die Ausarbeitung von »Aufbau- und Resilienzplänen mit [...] Reform- und Investitionsvorhaben« (Becker 2020) gebunden.
 - 3 So weist u.a. Illing (2017) auf die bereits vor der Krise existenten deutlichen Unterschiede und Abhängigkeiten mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit zwischen Ländern Nord- und Südeuropas und ihre wirtschaftssystemische Ausrichtung als Ursache für die Krisenentwicklung hin (vgl. Illing 2017: 15ff.). Da »die nordeuropäischen Staaten beständig exportieren und Südeuropa entsprechend importiert, entstehen Ungleichgewichte [...]. Die nordeuropäischen Kernstaaten finanzieren mit ihren Einnahmen permanent Kredite, mit denen die südeuropäischen Krisenstaaten bei ihnen wieder einkaufen« (ebd.: 15). In Kapitel II werden diese Spannungsverhältnisse und der Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise auf europäischer Ebene detaillierter dargelegt.

der 15-M-Bewegung/Indignados⁴ und die spätere Etablierung der Partei Podemos Kollektive formierten, die der etablierten (professionellen) Politik und ihren Diskurslinien entgegentraten (vgl. Balibar 2016: 191). Schließlich zeigten sich ausgehend von der ökonomischen Krisensituation und des politischen Umgangs innerhalb Spaniens »manifeste Legitimations- und Repräsentationskrisen und eine »verhärtete« repräsentative Demokratie, die nur noch auf einen selektiven und fragmentierten gesellschaftlichen Konsens aufbauen konnte und daher zunehmend instabil und umkämpft wurde [...]« (Huke 2017: 24).

Sowohl die Einschnitte durch die Sparmaßnahmen der wirtschaftlichen Krisenjahre als auch die sich hierüber entwickelnde (politische) Repräsentationskrise lassen durchaus den Rückschluss zu, dass sich Spanien nunmehr »seit einem Jahrzehnt im Krisenmodus befindet« (Kölling 2020: 4f.) und auch perspektivisch keine unmittelbare Befreiung aus diesem Zustand möglich ist. Krisen beziehungsweise die Überlagerung von verschiedenen Krisenzuständen sind hierbei für Spanien auch kulturgeschichtlich von besonderer Relevanz. So stellte unter anderem der Historiker Santos Juliá die These auf, Spanien habe – vom Beginn des 20. Jahrhunderts ausgehend – immer wieder verschiedene tiefgreifende Krisenmomente durchlebt⁵:

»[T]al es precisamente lo que caracteriza el nuevo retroceso que ha sufrido la convivencia ciudadana en España desde la Gran Recesión, convirtiendo

4 Die Bezeichnung Indignados oder 15-M wird synonym für die bürgerlichen Protestbewegungen benutzt, die sich im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2011 in Spanien formierten. Hintergrund für die Bezeichnung Indignados ist der 2010 von Stéphane Hessel, einem ehemaligen Widerstandskämpfer der Résistance, veröffentlichte Essay *Indignez-Vous!*. In ihm ruft er die notleidende europäische Bevölkerung dazu auf, sich über wirtschaftspolitische Krisenauswirkungen zu empören und sich zu kollektiven Protestformationen zusammenzufinden (vgl. Kraushaar 2012: 50). In Spanien wurde hierfür der 15. Mai 2011 (15-M) als erster landesweiter Protesttag ausgewählt (vgl. ebd.). Gleichmaßen eröffnete »die Protestbewegung der indignados des 15-M [...] die stärkste Welle sozialer Proteste in Spanien seit den 1970er Jahren« (Huke 2017: 16).

5 Als Krisenetappen können hier u.a. genannt werden: die Katastrophe von 1898 (Niederlage im spanisch-US-amerikanischen Krieg und Verlust Kubas als letzte spanische Überseekolonie) (vgl. Juliá 2019: 10), der Spanische Bürgerkrieg (1936-1939) (vgl. ebd.: 13) oder auch der Militärputschversuch 1981, der die junge spanische Demokratie vor eine erste Zerreißprobe stellte und u.a. auch eine erste Modernisierungsskepsis bzw. gesellschaftliche Unsicherheit auslöste (vgl. Bernecker 2018: 262ff.).

la historia de nuestro largo siglo XX en un proceso que va de un desastre a una crisis pasando por una guerra civil y una transición a la democracia no tan pacífica como sus promotores hubieran deseado, o sea, [...] demasiados retrocesos.« (Juliá 2019: 18)

Was in diesem Zusammenhang – auch in Rückführung auf das einleitende Habermas-Zitat – konstatiert werden kann, ist, dass insbesondere die Krisenlage im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie die europäischen wie globalen Gesellschaften in besonderem Ausmaß dazu gezwungen hat, sich mit ihren Wissens- und Ordnungsgefügen auseinanderzusetzen. Schließlich wurde ihr Nicht-Wissen unmittelbar offenbar.

Neben der Analyse von im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelösten Veränderungen des politischen Raums und der Diskursakteure in Spanien werden am Beispiel der Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* (Büro für Wissenschaft und Technologie, eigene Übersetzung) des spanischen Parlaments daher auch Veränderungstendenzen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik vor der Folie der Corona-Pandemie näher betrachtet. Vor dem Hintergrund der geschilderten Krisenszenarien und der damit verbundenen Dynamisierungspotenziale wird folglich vor allem der Frage nachgegangen, ob und wie sich Diskurse, Akteure und (kollektive) Wissensverhältnisse innerhalb des betrachteten Krisenzeitraums in Spanien reformiert und aktualisiert haben.

Für diese Untersuchung werden Fragen der Diskursbildung sowie damit verbundene relationale Prozesse der Macht- und Legitimationsverhandlungen nach Michel Foucault mit Prozessen der Akteurformierung, Kollektivbildung und Wissensvermittlung nach Bruno Latour verknüpft (Kapitel I). In Michel Foucaults Arbeiten zeigt sich vor allem die enge Verwobenheit von Machtdynamiken und Diskursgestaltungen auf Basis von epistemischen Prozessen sowie sich daraus ableitenden (biopolitischen) Reglementierungs-, Ordnungs- und Strategieprozessen. Subjekte und Dinge richten sich im Foucault'schen Denken an diskursiv codierten Prägefolien aus, die Ordnungs- und Steuerungsfunktionen der Gesellschaft respektive der Welt avisieren. Dies ist allerdings immer als dynamischer Prozess zu verstehen, in dem Subjekt und Objekt sich wechselseitig herausfordern können. Gleichmaßen konstituiert sich das Foucault'sche Subjekt in einem komplexen Machtgefüge, das sowohl die Subjektausrichtung innerhalb der Machtverhältnisse als auch die Einflussnahme von Macht bzw. von Regierungsweisen auf das Subjekt umfasst. Es handelt sich um eine doppelte Subjektivierung.

An diesem Punkt ist ein Unterbau der macht- und diskurstheoretischen Analyse durch eine Hinwendung zur Latour'schen Auffassung von Kollektivbildung und Akteurtheorie sinnvoll. So geht Latour von einem allgegenwärtigen Zusammenwirken aller Entitäten der Welt aus, die in ständigen Überlagerungsprozessen Realitäten und sozial kodiert handelnde Kollektive ausdifferenzieren. Jedes Rollenverhältnis kann jederzeit getauscht und aktualisiert werden. Die Dinge sind absolut gleichberechtigt und nicht erst unter menschlichem Blick in Form einer wechselseitig-symmetrischen Beziehungsdynamik wirksam.

Durch das Zusammendenken beider Ansätze können sowohl der diskursiv-machtpolitische Rahmen von und für Diskurs-, Handlungs- und Wissenspotenzialitäten von Entitäten als auch ein vollständiges, sich stets aktualisierendes Akteursspektrum sowie damit verbundene Performanz- und Materialisierungsweisen mitgedacht werden. In der Folge können Dynamisierungsweisen oder Re-Konfigurationen von gesellschaftlichen Diskurs- und Wissensverhältnissen sowie Akteursformierungen und Kollektivkompositionen dargelegt werden. Auf Basis dieses theoretischen Rahmens wird ein Diskursanalysemodell erarbeitet, das sich in seinem grundsätzlichen Vorgehen zwischen einer wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) sowie einer Kritischen Diskursanalyse (KDA) verorten lässt (Kapitel I). Ergänzend zu diesen theoretischen Grundlagen wird in den Begriff Krise als Momentum des Anreizes und der Katalyse gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und Diskursverhandlungen eingeführt (Kapitel II).

Um die Anwendbarkeit der theoretischen Hypothesen und des entwickelten diskursanalytischen Modells praktisch zu prüfen, werden im analytischen Teil zunächst der politische Raum und die krisenbedingte (Re-)Formation politischer Diskursproduktion, der Akteure bzw. Kollektive und Wissensverhältnisse in Spanien betrachtet (Kapitel III). Hierbei wird ein besonderer Fokus auf drei wirtschaftlich wie gesellschaftlich krisenrelevante Jahre gelegt, um die Entwicklungs- und Legitimationsprozesse rund um politische Diskurs- und Kollektivverhandlungen im Kontext der Auswirkungen der wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Krisenzeit veranschaulichen zu können: die Wahljahre 2011, 2014 und 2015. In diesen exponierten Zeiträumen etablierten sich mit der Bewegung des 15-M und dem Parteikollektiv Podemos ›andere‹ Akteurs-/Repräsentationsinstanzen in der spanischen Gesellschaft, die sich in den gesellschaftspolitischen Diskurs einbrachten.

Diese neuen Impulse werden zu der diskursiven Krisen- und politischen Akteurskonzeption der beiden führenden spanischen (Regierungs-)Parteien –

der *Partido Popular* (PP) sowie der *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) – in Bezug gesetzt, um Spannungs- und Störimpulse sowie Veränderungspotenziale aufzuzeigen. Hierdurch können diskursive wie kollektive Entwicklungen der Verhandlung und Reaktionen auf Materialisierungsweisen der Krisensituation und verschiedener, widersinniger Gegenstimmen vergleichend, über die Jahre der akuten Krisenphase hinweg, dargelegt werden. Anschließend werden diese zu den Theoremen Foucaults und Latours sowie zu politischen Folgeentwicklungen in Spanien in Bezug gesetzt. Ein Vorgehen, das auch angesichts der im Rahmen der Corona-Pandemie zunehmend entstehenden Protestformationen und diskursiven Impulse eines ›Gegen-Wissens‹ von besonderer Aktualität ist.⁶

Darüber hinaus werden sich bereits abzeichnende Ausdifferenzierungen des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in Spanien erläutert und eine mögliche Krisenindiziertheit geprüft. Die analytische Methodik wird auch hier für die Auseinandersetzung mit Diskursverhandlungen verschiedener Kollektive bzw. Diskursakteure mit Blick auf die Einrichtung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* angewendet (Kapitel IV). Auf diese Weise kann sowohl die vielfältige Nutzbarkeit des theoretisch-methodischen Ansatzes aufgezeigt als auch eine sich abzeichnende Dynamisierung in der Rückkopplung wissenschaftlichen Wissens für die spanische Politik dargelegt werden.

Mit Blick auf den Forschungsstand kann konstatiert werden, dass sich bereits fundiert – oftmals aus wirtschafts-, sozial- und politikwissenschaftlicher Sicht – mit den politisch-repräsentativen Veränderungen innerhalb Spaniens im Zuge der Wirtschaftskrise auseinandergesetzt wurde (vgl. u.a. Chislett 2016, Bernecker/Iñiguez Hernández/Maihold 2009, Illing 2017, Nohlen/Kölling 2020, Sotelo 2014). Auch die neuen Bewegungen und Politikformationen (15-M, Podemos) standen dabei im Fokus, beispielsweise bezogen auf die soziale Profilgebung der Akteure und ihrer Motivationen oder das veränderte Wahlverhalten der spanischen Gesellschaft. Exemplarisch kann hierbei auf Huke (2017), Torcal (2018a), Pereira-Zazo/Torres (2019) oder auch Fernández-Albertos (2015) verwiesen werden.

6 Für Deutschland können die Protestimpulse der sogenannten Querdenker-Bewegung angeführt werden (vgl. Pantenburg/Reichardt/Sepp 2021 mit einer exemplarischen Analyse für die Querdenkerszene in Konstanz). Doch auch in anderen Ländern Europas formierten sich seit 2021 vermehrt öffentliche und teilweise gewaltvolle Proteste gegen die Corona-Politik der jeweiligen Regierungsakteure (vgl. u.a. ebd.).

Ebenfalls komparativ wurden bereits verschiedene internationale Protestbewegungen untersucht, die ihren Ausgangspunkt rund um die Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 hatten. Auch die Protestformationen in Spanien wurden in diese Analysen einbezogen (siehe u.a. Kraushaar 2012, Steidinger 2015). In ähnlicher Art und Weise befassten sich verschiedene Autoren bereits mit der politischen und personellen Entwicklung des 15-M und der neuen spanischen Linkspartei Podemos (vgl. u.a. López 2018, Nez 2015, Álvarez Tardío/Redondo Rodelas 2019a), zum Beispiel vor dem Hintergrund der Populismustheorie nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (vgl. Passeick 2018, Zelik 2015).⁷ Ebenfalls finden sich in der Forschung bereits erste Auseinandersetzungen, die sich mit politischen Kommunikationsstrategien und der Diskursführung im angesprochenen Krisenzeitraum für Spanien befassen, allerdings vornehmlich bezogen auf einzelparteiliche Entwicklungen unter anderem bei Podemos (vgl. Mateo Regueiro 2015/Álvarez Tardío/Redondo Rodelas 2019) oder mit Fokus auf Kommunikationsstrategien der krisenbezogenen Reformvermittlung der PP in ihrer Funktion als Regierungspartei im innereuropäischen Vergleich (vgl. König 2016).

Auch für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in Spanien und Veränderungen im Zusammenhang mit den genannten Krisenkontexten liegen bereits erste Arbeiten vor. Diese legen ihren Fokus allerdings vor allem auf defizitäre wissenschaftssystemische Entwicklungen der vergangenen Jahre (vgl. u.a. Núñez 2013, Hernandez Sandoic 2009). Mit Blick auf die Corona-Pandemie gibt es ebenfalls erste Aufarbeitungen für sozialgesellschaftliche Entwicklungen in Spanien (vgl. u.a. Kölling 2020, Tapia/Bouza 2020), sowie bezüglich politischer Handlungs- und Kommunikationsweisen und kritischer Reflektionen zur Informations- und Wissensentwicklung (vgl. u.a. García 2020, Reniu et al. 2020). Der Diskurs rund um die Implementierung des *Oficina de Ciencia y Tecnología* wurde bisher jedoch noch nicht dezidiert in den Blick genommen, sodass die nachfolgende Auseinandersetzung eine erste Annäherung an die Aufarbeitung dieser Entwicklung darstellt.

Insgesamt baut die Untersuchung mit Blick auf politische wie wissenschaftliche Entwicklungen in Spanien folglich auf einem bereits vielfältig bearbeiteten und ausdifferenzierten Forschungsfeld auf. Letztlich unternimmt die vorliegende Arbeit in ihrem Anliegen, die Potenzialität von Krisen als Katalysemomente für Ordnungsbrüche und als Möglichkeitsräume für Neuver-

7 Teilweise sogar in selbstreflexionalen theoretischen Werken von Vertretern des Podemos-Kollektivs (vgl. Errejón/Mouffe 2015).

handlungen von Diskursverhältnissen und von gesellschaftlichen (repräsentativen) Kollektiven anzunehmen jedoch den Versuch einer umfassenderen Einordnung und Erläuterung der Dynamisierungen innerhalb der europäischen – bzw. im konkreten der spanischen – Gesellschaft in den vergangenen Jahren.

